

# fl ! nfo

## 4.2003

### 3 **Beflissen.**

Die Fehlleistungen eines Übereifrigen.

### 5 **Blamabel.**

Die akuten Stichwörter. Kommentiert von Robert Allgäuer.

### 7 **Begehrt.**

Die Kolumne. Ab nun von Mathias Ospelt.

### 8 **Beschämend.**

Die Artikulation des Unzumutbaren.

### 10 **Bekannt.**

Unsere Chance liegt im Stau. Warum das so ist, darauf gibt Verkehrsexperte Knoflacher Antworten.

### 12 **Beharrlich.**

Auch auf der anderen Seite des Tunnelochs wird gekämpft. Ein Interview mit Bgmst. Ludescher aus Frastanz.

### 14 **Belastend.**

Und zum Dessert eine Überdosis Ozon garniert mit Feinstaub.

### 16 **Beschränkt.**

Radio L – die Fortsetzung mit staatlichen Mitteln.

### 17 **Begrenzt.**

Oppositionsarbeit in Mauren. Ein Interview.

### 20 **Brisant.**

Wenn Kurpfuscher Reformen einleiten.

### 22 **Beherzt.**

Die Freie Liste im Gespräch mit der Führungscrew der Hilti AG.

### 24 **Bestimmt.**

Short-News für Überflieger.

## Was bewegt uns?

Zugegeben, der Schmerz lässt nur langsam nach. Und vielleicht bleibt er permanent. Gleichsam als Erinnerung daran, dass Freiheit, Demokratie, Meinungs- und Diskussionsfreiheit eine der höchsten Güter unserer Gesellschaft sind. Egal welche Fürsten dem amtierenden Fürsten folgen werden, wir haben es in Zukunft mit einer Verfassung zu tun, die dem demokratischen Verständnis eines Drittels der LiechtensteinerInnen zuwider läuft. Und das werden wir nicht verdrängen können. Der «herzliche Dank» des Fürsten an seine Gegner anlässlich des Staatsfeiertags 2003 ist so beissend, dass wir es uns schenken wollen, auf diese oder des Landtagspräsidenten gehaltene Rede einzugehen. Das Einteilen in «gute und böse Menschen» ist mittlerweile System. Die fürstliche Ordensverleihung spricht Bände. **Fürst Hans Adam II. hat seine Helfershelfer, die besorgen, was er nicht mehr schafft.** Dazu gehört einer der umstrittensten Journalisten des Landes. Seine Fehlleistungen, seine Verunglimpfungskampagnen reichen bis in die neueste Zeit. Als Privatmann kann Walter Bruno Wohlwend sagen, was er will, als Journalist aber hat er eine Verantwortung, der er schon lange nicht mehr gerecht wird. **Es wird Zeit, darüber öffentlich zu reden, was hinter vorgehaltener Hand ohnedies alle verhandeln.** Radio L soll öffentlich rechtlichen Status erhalten. Wird man aus einem «Dudelsender» über Nacht seriöses Radio machen können? Der Privatier Peter Ritter steckte angeblich 12 Millionen Franken in das Privatrado, dazu kommen pro Jahr 1 Million staatliche Förderung und dann spricht Ritter davon, dem Staat ein «Geschenk» zu machen.

Es gibt Geschenke, die ziemlich teuer kommen können und für die man sich noch nach Jahren «bedankt». Wilfried Marxer, Medienexperte und ehemaliger Chefredaktor von Radio L, reflektiert in seinem Beitrag über die Chancen und Risiken, die damit auf unser Land zukommen.

**Diskussion erwünscht**

Mathias Ospelt hat den «Kolumnenstab» von Stefan Sprenger übernommen. Auch er wird frei jeder anderen Meinung seine Kolumnen im fl-info schreiben können. Wir freuen uns, dass Mathias bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen und wir freuen uns ebenso sehr auf die Diskussionen, die er möglicherweise auslöst.

**Was bewegt uns ausserdem noch?**

Der Verkehr stockt eher, als dass er bewegt. Und wenn, dann transportiert er in erster Linie Blech und nicht Personen. Wir haben die Diskussion anlässlich des Vortrages von Hermann Knoflach mitgeschnitten und bringen einen Auszug. Dieser Auszug gewährt einen Blick in jene Volksseelen, die heute schon massiv unter der Verkehrsbelastung in Liechtenstein leiden. Bürgermeister Ludescher aus Frastanz kennt die andere Seite des Tunnels und kämpft dort gegen den Tunnel. Wer spricht auf liechtensteinischem Boden klare Worte?

**Gemeindepolitik ist Politik an der Basis.**

Dort wird geklotzt oder gekleckert, ausgegrenzt oder integriert, diskutiert oder geschwiegen. Jedes unserer fl-infos wird sich mit einer Gemeinde des Landes befassen, wo Vertreter der Freien Liste im Gemeinderat sitzen. Damit Sie wissen, warum es so wichtig wäre, dass die Freie Liste sowohl in den Gemeinden als auch auf Landesebene stärker vertreten ist, als es zur Zeit noch der Fall ist.

**Ein heisser Sommer**

Diesen Sommer werden wir nicht so schnell vergessen. So schön er für viele gewesen sein mag, was er an Ozon und Feinstaub mit brachte, darüber machen wir uns besser keine Illusionen. Wie fatal das Nichthandeln der Regierung einmal mehr ist, darüber lesen Sie mehr im fl-info.

**Logistikcenter mit Folgen**

Wirtschaftskompetenz wird uns oft abgesprochen. Die Freie Liste ist keine Wirtschaftspartei, das stimmt. Sie hat sich der Ökologie verschrieben und



sieht nur in der konsequenten Umsetzung nachhaltiger ökologischer Konzepte eine Zukunft für unsere Wirtschaft. Es ist die Verbindung zwischen Ökologie und Ökonomie, die dringend gefordert ist. Darin widerspricht uns nicht einmal der mächtigste Wirtschaftskapitän Liechtensteins, Michael Hilti. Wir waren bei ihm, um mit ihm und seinem Team darauf hinzuwirken, dass für das Logistik-Center in Nendeln langfristig der Umstieg auf die Bahn als Ziel formuliert wird. Was daraus wird, können Sie in diesem fl-info nachlesen.

**www.freieliste.li**

Nun möchte ich Sie nur noch auf unseren neuen interaktiven Webauftritt [www.freieliste.li](http://www.freieliste.li) hinweisen, dort können Sie auf bisher veröffentlichte Stellungnahmen zurückgreifen, sich über die Freie Liste informieren, neueste Termine abrufen und aktiv an unseren Umfragen teilnehmen. Klinken Sie sich ein, sagen Sie uns Ihre Meinung, wir freuen uns über Kritik und Anregungen und nehmen beide gerne an.

*Pepo Frick*

*Vorstandssprecher der Freien Liste*

**Im Anzeiger, einer Wochenzeitung für die Ostschweiz, konnten die Ostschweizer am 13.8.2003 erfahren, welch kriegerisches Volk doch 35% der LiechtensteinerInnen sind. Darin rekapituliert Walter Bruno Wohlwend in seiner typischen Art die jüngste liechtensteinische Geschichte unter dem Untertitel «Vom ‚Saubannerzug‘ (1992 bis 2003) bis zur neuen Verfassung und zum Staatsfeiertag des Fürstentums Liechtenstein».**

An Walter Bruno Wohlwend kommt man offenbar nicht vorbei, wenn man über schlechten Journalismus in Liechtenstein spricht. Zwischen 1963 und 1984 war er Chefredaktor beim Liechtensteiner Volksblatt. 1969 gründete er den Liechtensteiner Presseclub (LPC), dessen Präsident er ohne Unterbrechung bis heute ist. Gleichzeitig unterhält er das Pressebüro WBW, das Schreib- und PR-Dienste anbietet, in den Anfangszeiten von Radio TV AG war er Verwaltungspräsident und später Delegierter des Verwaltungsrates. WBW zapft munter zwischen seinen einzelnen Funktionen, kanzelt Andersdenkende ab, spielt sich als Saubermann auf und stilisiert sich selbst zur moralischen Instanz.

*Es ist doch erstaunlich,  
wie ein Orden  
der inneren Haltung  
äusserlichen Ausdruck  
verleiht.*



Für seine ausserordentlichen Leistungen erhielt Walter B. Wohlwend am 1. September 2003 das Ritterkreuz.

Seine Parteilichkeit konnte Wohlwend nie ablegen, in der Wahl seiner Mittel war und ist WBW nie zimperlich gewesen. Dass seine unternehmerischen und seine journalistischen Interessen permanent kollidieren, scheint WBW nicht sonderlich zu tangieren. Im Zweifelsfall gewinnt immer seine Nähe zur FBP, zur Wirtschaft und dem Finanzplatz. Wir erinnern an den Leserbrief Wohlwends, als er in seiner Funktion als Medienbeauftragter der LIHGA 2002 im Zusammenhang mit dem Referat Jörg Haiders indirekt zu einer Einschränkung des Demonstrationsrechts aufrief und somit das Recht auf freie Meinungsäusserung streitig machen wollte. (Volksblatt vom 28.8.2002)

**LPC – Hohlraum für Hitzköpfe?**

Der Presseclub ist eher ein Imageverteidiger Liechtensteins als ein Interessensvertreter der JournalistInnen oder gar der Pressefreiheit. In der Beilage zum Staatsfeiertag vom 12.8.1999, S. 19, outet sich LPC-Präsident Wohlwend eindeutig als «Maulkorbverteiler» gegenüber SystemkritikerInnen.

So konnte aus Markus Rohner, freischaffender Journalist aus Altstätten, im Januar 2001 «ein Fall für den LPC» werden. Rohner setzte sich in einer Artikelserie kritisch mit dem Finanzplatz Liechtenstein auseinander. Wohlwend und sein Gehilfe Günther Meier (LPC Generalsekretär) fielen über Rohner her und warfen ihm vor, «auf Dauer zu einer schleichenden Vergiftung der Jahrzehnte alten, traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen unseres Landes und jenen in der benachbarten Schweiz beizutragen». Die Kollegenschelte gipfelte darin, dass Kopien dieses Schreibens an den Regierungschef, das Presse- und Informationsamt sowie die Redaktion des St. Galler Tagblatts ging. Pefekt inszeniert – anderswo nennt man es Denunzierungskampagne. Rohner verabschiedete sich vom Presseclub mit der Empfehlung, das Wort Presse aus dem Vereinsnamen zu nehmen. «[...] regt Euch nicht mehr länger über frustrierte Liechtenstein-Kritiker auf, die in ausländischen Medien über das kleine Land herziehen. Diese Journalisten werden ganz einfach nie begreifen, wie der Staat Liechtenstein nach LPC- und wbw-Fasson zu funktionieren hat.»

**Hemmungsloser Abkanzler**

Damit bringt Rohner auf den Punkt, woran das Land krankt. Wo Journalisten vom Kaliber eines WBW hofiert werden, sind Rückschlüsse auf die Hofierer

Dr. med. Pepo Frick –  
Vorstandssprecher der Freien  
Liste

zwingend. Wohlwends Peinlichkeiten als Präsident des Presseclubs gipfelten in seinem Protestschreiben an den deutschen Bundeskanzler Schröder, als dieser im Wahlkampf meinte, dass er «lieber das Geld in Leipzig arbeiten lassen wolle als auf Konten in Liechtenstein.» Der Gralshüter Wohlwend schreibt von der «Entrüstung und Enttäuschung Liechtensteins» obwohl sich diese auf einen einzigen Leserbrief beschränkte. Ausserdem «fühle sich das Fürstentum Liechtenstein von der deutschen Innen- und Steuerpolitik missbraucht, wenn es heute als Sündenbock einer möglicherweise verfehlten Politik der amtierenden deutschen Regierung erhalten muss.» (Vaterland, 14.8.2002) Niemand pfeift Wohlwend zurück. Warum?

#### Lange Tradition des Ausgrenzens

Walter Bruno Wohlwend überwarf sich bereits 1965 mit der damaligen Wochenzeitung «Der Liechtensteiner», deren Macher von ihm als eine «Bande von verantwortungslosen Dilettanten» bezeichnet wurde. Diese Darstellung wurde presserechtlich geahndet, was das Volksblatt zu einer Gegendarstellung auf der ersten Seite verpflichtete. Ganz nach Wohlwend'scher Manier platzierte er diese kaum merkbar an den Schluss eines Fortsetzungsromans (Liechtensteiner Volksblatt, 18.12.1965). Die Geburt des «Liechtensteiners» muss Wohlwend in die Knochen gefahren sein, denn bereits im ersten Jahr des «Liechtensteiners», attackierte Wohlwend die Macher des «Liechtensteiners» mit Ausdrücken wie «wir brauchen keine Gazettendiktatur», «Geschichtslüge», «infame Lüge» etc..

#### Der Saubannerzug des WBW

Es ist anzunehmen, dass WBW auch nicht weiss, was ein «Saubannerzug» überhaupt ist – denn der würde sich nicht über 11 Jahre erstrecken, sondern maximal drei Wochen dauern. Doch über solche Wortklaubereien kann sich ein WBW hinwegsetzen, wenn er glaubt, dem Fürstenhaus und/oder seiner Partei, der FBP, dienen zu müssen. Viel wichtiger ist ihm, eine seriös agierende Demokratiebewegung mit Begriffen in Verbindung zu bringen, die die schlimmsten Assoziationen wecken. (Siehe Kasten).

Seine jüngste Diffamierungs-Kampagne ist lediglich die Fortsetzung einer Reihe von Fehlleistungen, die Wohlwend laufend produziert. So heisst es im oben erwähnten Anzeiger für die Ostschweiz vom 12./13.8.2003 unter anderem: «Im Oktober 1992 probte eine Minderheit selbsternannter Demokraten den Aufstand gegen den neuen

Fürsten.[...] Es war eine militante Minderheit teils ehemals gescheiterter Politiker aus allen drei Parteien und einer Gruppe engagierter Idealisten, die dem Fürsten unterstellten, mit der von ihm initiierten Verfassung die Demokratie im Lande abschaffen zu wollen. [...] Dazu gehören arg gefärbte Lageberichte in ausländischen Medien (vorwiegend schweizerischen), höchstgerichtliche Interventionen und eine Art Saubannerzug zum Europarat [...]»

Wohlwend hält bewusst und scheinheilig das Süppchen am Kochen und stellt jene dann an den Pranger, die sich gegen seine Klassifizierungen wehren.

#### Der Fisch stinkt am Kopf

Radio L wird nun ein öffentlich rechtliches Radio. Die Aktien werden neu gemischt und ein neues Konzept verpflichtet hoffentlich zu mehr Seriosität. Dann müsste nach Adam Riese die Uhr eines WBW als leitender Mitarbeiter bei Radio Liechtenstein abgelaufen sein. Wenn die staatstragenden Parteien und das Fürstenhaus auf diese Art von «Imagepflege» verzichten können. Die Hoffnung stirbt zuletzt. (kj)

#### Saubannerzug

Hintergrund des Saubannerzugs waren die Burgunderkriege (1474-77). Nach der Schlacht bei Nancy am 5.1.1477 gründeten zurückgekehrte Urner und Schwyzer Kriegsleute, die mit der Beuteverteilung unzufrieden waren, die sogenannte Gesellschaft vom toechten Leben. [...] Der Saubannerzug wird in der älteren Forschung als Höhepunkt der allgemeinen Kriegslust angesehen. Nach dem Zug ging Genf mit Bern und mit Freiburg das erste Burgrecht ein, um sich vor weiteren Freischaren zu schützen und die eidg. Städte besiegelten ein unbefristetes Burgrecht. [...] Historisches Lexikon der Schweiz.

#### Untertanenland.

«...So wird es uns allmählich gelingen, den geistigen und materiellen Zustand unseres Landes zu heben und aus dem Unterthan desselben einen seiner Freiheit und Rechte selbstbewussten, auf die Institutionen seines Landes stolzen, mit Liebe zu demselben erfüllten und mit treuer Anhänglichkeit an seinen Fürsten beseelten Bürger zu bilden...» Das war eine zentrale Aussage in der Ansprache, die der neu gewählte Landtagspräsident Dr.med. Karl Schädler (1804-1872) bei der Eröffnung des Landtages am 29.12.1862 erstmals unter der neuen, konstitutionellen Verfassung, hielt. Das klingt gut und programmatisch. Der Weg vom Untertan zum Bürger ist lang und steinig. Und dann kam der 16.3.2003, ein Fanal in die falsche Richtung. Das Land wechselt den Kurs und begibt sich auf den Weg zurück zum Untertanentum. Der Fürst will es so, aber auch der Bürger und die Bürgerin. Untertan, untertänig, unterwürfig. Unterland und Oberland werden wieder Untertanenland.

**Es bleibt zu hoffen, dass die Zeit der Stellvertretung dem Erbprinzen Alois Profil und Gestaltungsraum ermöglicht. Es ist zu wünschen, dass es dem Erbprinzen gelingt, aus dem Schatten seines Vaters herauszutreten und zur eigenen Stimme zu finden.**

#### Feldmesse.

In der Volksausgabe des Programms zum Staatsfeiertag war es zu lesen: 9.30 Uhr Feldmesse auf der Schlosswiese. Assoziationen lassen sich nicht verdrängen: Feldzug, Feldprediger, Feldherr, Papst und Kaiser oder wohl eher umgekehrt. Nachdem der Bischof angekündigt hatte, dass die Predigt wegen des Regens entfalle, hörte es auf zu regnen. Herr des Feldes war der Fürst. Der «offizielle Staatsakt» fand auf fürstlichem Grund und Boden statt. Auf fürstlicher Gerechtigkeit. Regisseur des fürstlichen Events war der Fürst. Es erstaunt allerdings, wie submiss und wendig die Amtskirche resp. der Bischof die so genannte Feldmesse der instrumentalisierenden fürstlichen Dramaturgie unterordnet, während die Vaduzer Kathedrale bzw. die Pfarrkirche, zu welcher Pfarrei auch die Fürstliche Familie gehört, zu diesem Zeitpunkt nicht benutzt wird. Interessant war der private Versuch, dem Gottesdienst eine ökumenische Note zu geben. Früher war es guter Brauch, dass im einen Jahr der Landtagspräsident und im anderen Jahr der Landtagsvizepräsident die Staatsfeiertags-

rede hielt. Das Erheben der rechten Hand bei den entsprechenden Stellen der Landeshymne (früher Volkshymne genannt), wirkte etwas dünn, vielleicht aber nur, weil die anwesenden Touristen es nicht wagten, die Hand bzw. den Arm zu erheben.

#### «Meine politischen Gegner.»

Vielleicht ist das Fürstenbild der älteren Generation etwas veraltet: Der Fürst ist Fürst. Der Fürst ist Fürst für alle, für Starke wie für Schwache, für Reiche wie für Arme. Der Fürst ist keine Partei. Der Fürst ist parteiunabhängig. Er ist überparteilich. Er ist Schiedsrichter. Gegner des Fürsten sind Landesverräter. Wer eine andere Meinung vertritt als der Fürst, ist nicht ein Gegner des Fürsten, sondern vertritt eine andere Auffassung in einer Sachfrage. Ein Fürst spricht nicht von «seinen» Gegnern sondern allenfalls von Gegnern einer Sache z. B.: Die Gegner der UNO oder des Frauenstimmrechts. Der Fürst respektiert demokratische Rechte und andere Meinungen. Wir sind alle im selben Boot. Fürst Hans-Adam nennt die Gegner der fürstlichen Verfassungsvorschläge «meine politischen Gegner». Der Weg vom Gegner zum Feind ist nicht mehr weit. Der Fürst liebt kriegerisches Vokabular und handhabt seine Äusserungen oft als Keule, als Waffe.

«Aber auch meinen politischen Gegnern möchte ich danken, denn sie haben mit ihrer Kritik an der Stellung der Monarchie in der Verfassung entscheidend dazu beigetragen, dass diese bedeutenden Verfassungsänderungen überhaupt möglich waren.» Soll man heulen oder lachen? Jedenfalls weht Hohn durch diese Sätze. Sind alle 5221 Bürgerinnen und Bürger, die ein Nein zum fürstlichen Verfassungsvorschlag eingelegt haben, politische Gegner des Fürsten? Wohl kaum, wohl aber Gegner der Vorlage. So lange Sachgegner als «meine politischen Gegner» betitelt werden, ist von Versöhnung wohl nicht zu sprechen. Das Fürstenbild schwankt.

#### Eigene Stimme.

«Der Erbprinz und ich haben beschlossen, dass die Übergabe der Regierungsgeschäfte in einem Jahr beim nächsten Staatsfeiertag erfolgen soll.» Ist das klar? Den Landtag geht das nichts an, dem Regierungschef obliegt die Kontrasignatur. «Regierungsgeschäfte» sind keine Geschäfte der Regierung. Es ist verwirlich. Seit 1984 gibt es in der Verfassung einen Artikel 13bis: «Der Landesfürst kann den nächsterfolgeberechtigten volljährigen Prinzen seines Hauses wegen vorübergehender Verhinderung

oder zur Vorbereitung für die Thronfolge (neu) als seinen Stellvertreter mit der Ausübung ihm zustehender Hoheitsrechte betrauen.» Also, der Fürst bleibt Fürst, der Erbprinz ist als Stellvertreter des Fürsten quasi auch Fürst. Jedenfalls in der Praxis. Irgendwie widerspricht die langfristige Stellvertretung dem monarchischen Prinzip. Ab dem 15.8.2004 werden die Gesetze die Unterschrift des Erbprinzen tragen. Er wird unterzeichnen: «In Stellvertretung des Landesfürsten: Alois, Erbprinz.» Wie lange wird die Vorbereitungsphase für die Thronfolge dauern? Wann wird der Erbprinz als Fürst Alois III. antreten? Günther Meier ist zuzustimmen, wenn er in der NZZ am Sonntag titelt «Alois, der Hoffnungsträger. Liechtenstein wartet auf politische Signale seines Erbprinzen.» Es bleibt zu hoffen, dass die Zeit der Stellvertretung dem Erbprinzen Alois Profil und Gestaltungsraum ermöglicht. Es ist zu wünschen, dass es dem Erbprinzen gelingt, aus dem Schatten seines Vaters herauszutreten und zur eigenen Stimme zu finden.

wegen» erfolgen und deswegen der Gegenzeichnung des Regierungschefs bedürfen.



Was den Titelträgern schon geläufig ist, ihre Titel auf der Visitenkarte festzuhalten, falls auf der vorderen Seite zu wenig Platz ist, gegebenenfalls auch die Rückseite zu benutzen, soll auch den Ordensträgern gestattet sein. Sie sollten sich der «Vorrechte» bedienen und sich gebührend bezeichnen. Z. B. «Ritter des Fürstlich Liechtensteinischen Verdienstordens», wem das Ritterkreuz verliehen wurde. Anzuführen bleibt noch, dass die obersten Grade des Verdienstordens am Opernball in Wien mit ihrem Billanten-Geglitzer am meisten auffallen. Muss noch gesagt werden, dass in Wien Frackverleih möglich ist?

Robert Allgäuer, Vaduz

### Der Weg vom Gegner zum Feind ist nicht mehr weit. Der Fürst liebt kriegerisches Vokabular und handhabt seine Äusserungen oft als Keule, als Waffe.

#### Erntedank

Über die jüngste Titel- und Ordensverleihung wurde in den Landeszeitungen umfangreich im Bild berichtet. Von einer Begründung, welche Verdienste zu den Auszeichnungen geführt haben, war nichts zu lesen. Die Interpretation des Volkes lautete: 16. März 2003. Die Leserbriefe, die eine wichtige Errungenschaft der Bürgerkultur darstellen, titelten: «Hyper-Inflation», «Erntedank» und «Honoris et humoris causa».

Der Fürstlich Liechtensteinische Verdienstorden ist am 22. Juli 1937 von Fürst Franz I. gestiftet worden. Gemäss Statut gelangt er zur Verleihung an In- und Ausländer, «welche sich um das Fürstentum Liechtenstein besondere Verdienste erworben haben. Sei es durch hervorragende öffentliche Dienste oder durch Leistungen auf sozialem Gebiete. Die Verleihung erfolgt durch Seine Durchlaucht den Landesfürsten auf Grund direkter Entschliessung oder über Vorschlag der Regierung...» Der Verdienstorden wird in verschiedenen Graden verliehen. Bezüglich der möglichen Titel gibt es keine Reglemente.

Gregor Steger postuliert in seiner Dissertation von 1950, dass solche Auszeichnungen «von Staats

Was haben wir gelacht! Damals. Als wir dachten, eine Abstimmung könne mit einem Lachen gewonnen werden. Als wir meinten, dass unserem Land mit einem heiteren Lachen mehr gedient sei als mit dem dumpfen Geräusch des Kniefalls. Und was haben wir gelacht, als wir die ersten «Für Gott, Fürst und Vaterland»-Heckkleber sahen! Haben uns im Morgenverkehr die verschlafenen Augen gerieben und vor lauter Lachen fast einen Unfall gebaut, als wir sahen, wie mancher «Fürst» in einem Meer von Audi-Rot versank. Was haben wir gelacht, als mit dem weissen Kleber auch der Mittelstand zu seinem Pickerl kam! Was haben wir gelacht über die «schweigende Mehrheit», die nur dann wirklich schwieg, wenn sie hätte reden sollen!

Mein Gott, Fürst und Vaterland, was haben wir gelacht, als uns der Landtagspräsidenten auf der Schlosswiese mit «segensreich» kam! Und dass wir nichts seien ohne Förscht! «Du vielleicht!» haben wir gelacht und konnten nicht glauben, dass er so wenig Vertrauen in seine Heizkesselbauer hatte.

Was haben wir gelacht, als die Liechtensteiner Arier am Staatsfeiertag 02 auf der Marktplatzgarage die Nationalhymne anstimmten und nach zwei Zeilen nicht mehr weiter wussten! Da kam das «Deutschlandlied» schon leichter über die Lippen. Und was haben wir über die Leserbriefe gelacht! Und über diejenigen, die sich diese schreiben liessen! Und über diejenigen, die ihnen dafür auch noch dankten! Was haben wir gelacht, als dem PR-Minister die PR aus den Händen glitt, weil sich sein Chef nicht an die Schweigepflicht hielt! «Si tacuisses», haben wir gelacht, «Landesvater mansisses!» Was haben wir gelacht, als uns darob Sehnsüchte nach der heilen Welt statt Argumente verkauft wurden. «Ja zur Fürstenfamilie!» Das kam gut in einem Land, wo bald jede zweite Ehe geschieden wird. «Ja zur Fürstenfamilie!» Das schlechte Ehe-Gewissen als Harmonie-Zünglein an der Urne.

Und was haben wir über den Fürstenenkel gelacht, der auf fürstlicher Post seiner Familie den Vogel zeigte! Mutig, mutig! Und dann der Fleissbildchensammler aus Balzers! «Auch wir können stolz auf diese Familie sein!» Wobei nie klar war, was er mit «auch» meinte. Was haben wir gelacht über die Schlussoffensive! Die unsäglichen Inserate! Das viele zum Fenster hinausgeworfene Geld! Was lachten wir, weil das alles so hohl daherkam! So durchschaubar! Und wir überzeugt waren, dass sich das Volk nicht für blöd verkaufen liess. Was haben wir gelacht! Tagelang. Und nachts, da lachten wir

uns in den Schlaf. Wie Wöfle und Bienle auf grosser Fahrt. Lachen, um vom Heimweh abzulenken. Einem Heimweh, das kam, weil das Daheim so weh tat.

#### Und dann: der 16. März.

Da blieb uns das Lachen im Halse stecken. Und es wurde still im Land. Sogar die Katzen trauten sich nicht mehr aus den Häusern.

Heute lachen wir wieder. Lachen über uns. Und unseren Wahn. Weil wir tatsächlich einen Moment lang dachten, dass Revolutionen an der Wahlurne stattfinden. Lachen über diejenigen, deren Mütchen trotz «überwältigendem» Mehr nicht gekühlt wurde. Lachen über die Gemässigten in der Regierung, weil sie nichts mehr zu lachen haben. Bezeichnen den Erzbischof lachend als «Schönwetter-Katholik», weil er aufgrund eines Regengusses seine Staatsfeiertags-Predigt abbläst. Lachen über die monarchistisch bedingte Dyslexie gewisser Leserbriefschreiber. Lachen über Titel und Orden, über Betitelte und Geordnete. Und über diejenigen, die die historische Chance verpassten und leer ausgingen. Und lachen darüber, dass für den Ordensverleiher ein Parteipräsident und ein Sozialmanager gleichviel gelten. Aber vielleicht ist es ja auch dasselbe.

Man hätte es gerne gehabt, wenn uns das Lachen am 16. März vergangen wäre. Das ist es aber nicht. Im Gegenteil. Denn seither gibt es noch viel mehr zu Lachen in diesem Land. Und deshalb lachen wir. Aber auch, weil uns gar nichts anderes mehr übrig bleibt.

Mathias Ospelt, Vaduz

**Wurde der Entscheid, wie Landtagspräsident Wanger sagt, «mit Herz und Verstand» getroffen? Ist der Entscheid, wie Fürst Hans Adam II. sie wahrnimmt, «eine solide Grundlage für eine Fortsetzung der erfolgreichen Partnerschaft am Beginn es dritten Jahrtausends»?**

**B**leibt nach dem 16. März 2003 alles so, wie es war? Und wird es sogar noch besser? Wohl kaum. Denn nicht die Chancen wurden ergriffen, sondern die Erstarrung gewählt. Und statt des Verstandes sind die Instinkte und die Stammtische bedient worden. Kurzfristig mag das erfolgreich sein - auf Dauer zerstört es die Gemeinschaft.

#### Eigentlich ist es peinlich

Um das festzustellen, braucht es keinen übermässig politisch geschulten Blick, es genügt der gesunde Menschenverstand. «Für mich oder gegen mich» – dem Volk wurde keine klare Wahl in der Sache gelassen, schon gar nicht konnte es sich aus freien Stücken entscheiden. Die Fürsteninitiative zwang zu widersprüchlichem Stimmverhalten und beugte damit den Wählerwillen. Ein solch schamloser Psychodruck verletzt das Grundrecht der Stimmberechtigten, ihren Willen eindeutig und unverfälscht kundzutun. Das ist in einer Demokratie eine schwere Anklage. Darf man so handeln? Man darf nicht.

**Das eigene unheilvolle Tun, das sich in den Kritikern der fürstlichen Ansprüche und in der Stimmungslage des Landes widerspiegelt, schmälert das Gutgefühl der Sieger.**

Nicht die eigenen Einsichten haben entschieden, sondern fremde Faktoren. Wer das nicht einsehen kann, leidet an einem gefährlichen Verdrängungszwang. Selbst den Geduldigsten und Hingebungsvollsten dürfte das Drohende und Trennende der Mogelpackung nicht verborgen geblieben sein, sofern die Fähigkeit, die Realität zu erkennen, noch intakt ist. Eigentlich ist es peinlich, dermassen instrumentalisiert zu werden. Noch darf man es nicht allzu laut sagen und sich nur hinter vorgehaltener Hand Sorgen machen.

#### Nichts ist mehr in Ordnung

Der 16. März 2003 hat Liechtenstein substantiell erschüttert und die Grenzlinien für Vertrauen und

Anstand zu Gunsten fremder Beweggründe und einer Heuchelei berechnender Art verschoben. An diesem Tag hat Liechtenstein regelrecht sozialen und politischen Schiffbruch erlitten; die rettenden Inseln sind nicht in Sicht. Zu glauben, die schlimme Konfusion und der Schrecken fänden ein schnelles Ende, ist eine verrückte Hoffnung.

Liechtenstein ist aus dem Gleichgewicht. Das Land erholt sich nicht. Die Dinge laufen verkehrt. Die Hauptakteure können, weil sie sich in Machtmissbrauch verstrickt und das sensible soziale System Liechtensteins über die Grenzen belastet haben, das Richtige nicht mehr tun; sie können nicht mehr kommunizieren und zusammenführen.

Liechtenstein hat sich dem Diktat der Angst gebeugt und sich selbst in einen Käfig gesperrt. Die Tür ging zu und trennte. Noch verdeckt das Triumphgebaren die kollektive Niederlage.

#### Die Wiederholung des Falschen

Die Masken sind gefallen und die nächsten Masken sind identisch mit den gefallen. Eine falsche Sache zieht in der Regel eine weitere falsche nach sich. Liechtenstein erlebt eine problematische Fortsetzung der Wertverschiebung und des Unzumutbaren: Ab- und Spiegelbild dafür ist die diesjährige Ordensverleihung. Auf welchem Niveau bewegt sich Liechtenstein? Wofür lohnt es, sich einzusetzen? Welche Verhaltensweisen und Ideen sind gewünscht? Was macht Liechtenstein aus? Welche Standards und Prinzipien zählen in unserer Gesellschaft etwas?

Wenn etwas in einer Gesellschaft zählt und zum Wohle der Gemeinschaft ist, dann sind es Unparteilichkeit, objektiver Geist und Integrität. Noch stehen auf der Liste herausragender Leistungen die Hofberichterstatte, die fürstlichen Verwalter und Steigbügelhalter.

#### Wovor fürchten sich die Sieger?

Die Sieger vermitteln uns offensichtlich den Eindruck, dass alles so, wie es geschehen ist, auch in Ordnung ist. Trotzdem verdächtigen sie alles, was sich der erzwungenen Normalität nicht anpasst oder unterwirft. Das ist ein widersprüchliches Verhalten.

Warum diese Unsicherheit und Angst? Warum fühlt man sich bedroht? Warum vertragen und begreifen die Sieger Kritik nicht? Warum belehrt und erniedrigt man die Kritiker der fürstlichen Verfassung und warum will man sie bestraft sehen? Warum spekuliert man über «seltsame Konstellationen» böser Kräfte im Europarat und Liechtenstein Insti

tut? Warum beschwört man wiederholt den Mythos einer politischen Verfolgung und des Komplotts gegen die Monarchie herauf? Warum versteigt man sich in abstruse Gedankenkonstrukte und neigt zu falschen Interpretationen mit schwerwiegenden Konsequenzen?

Hinter welcher Scheibe muss man die Dinge betrachten und begreifen, um den Unterschied zwischen einer «gelebten und einer geschriebenen Verfassung» als Beschwichtigung bzw. Rechtfertigung zu bemühen? Welche Angst treibt an, die notwendige Sicht von aussen als «Inquisition» zu verteuflern? Und in welcher erbärmlichen Denk- und Lebensszenen bewegt man sich, wenn man mit unsinnigen und falschen Anwürfen und emotionalen Aussetzern über verdiente Menschen herfällt?

#### Mit den Folgen müssen wir alle leben

Es ist klar: Das eigene unheilvolle Tun, das sich in den Kritikern der fürstlichen Ansprüche und in der

Stimmungslage des Landes widerspiegelt, schmälert das Gutgefühl der Sieger. Es ist nicht so, wie Wanger es anklagt und fürchtet, dass die Verlierer mit «ihrer persönlichen Befindlichkeit» das Gemeinwesen schädigen. Es ist genau umgekehrt: Nämlich Fürst, FDP und Regierung belasten mit ihren Befindlichkeiten das Gemeinwesen. Mit den Folgen müssen wir alle leben – auch sie.

Die fürstliche Verfassung ist zwar durch die Volksabstimmung legitimiert, es fehlt ihr aber an ethisch-moralischer Legitimität. Allein die Andersdenkenden zur Zusammenarbeit aufzurufen, genügt da nicht mehr.

Adolf Ritter

Vorstandsmitglied der Freien Liste



Gegenbesuch des Liechtensteiner Monitoring-Komitees in Resteuropa

**Der Verkehrsexperte Hermann Knoflacher referierte im Rahmen der Sommerakademie CIPRA am 18.8.2003 in Schaan zum Thema Barrieren gegen den Verkehrswahn. Die an den Vortrag anschliessende Diskussion haben wir aufgezeichnet und veröffentlichten nun einen Auszug davon. FragestellerInnen waren Personen aus dem Publikum. Regierungsmitarbeiter Peter Kindle und Tiefbauamtsleiter Johann Ott verliessen den Raum noch vor Beginn der Diskussion – deren Abwesenheit wurde allgemein bedauert.**

**Letzetunnel, S 18, Ausbau des Ambergtunnels etc. Wie bewerten Sie all diese Projekte in Bezug auf die Region Alpenrhein, wenn sie realisiert werden?**

Massiv nachteilig in einer Grössenordnung, die Sie bisher noch nie gekannt haben. Mit dem Letzetunnel bringen Sie ein Verkehrsproblem vor die Haustüre, das für Sie neu sein wird. Die Barriere Feldkirch wird wegfallen, sie hielt immerhin einige Kapazitäten bis zum Bau des Letzetunnels ab.



Prof. Hermann Knoflacher  
anlässlich der Diskussion am  
18.8.2003 in Schaan

Dieses Projekt ist ähnlich wie der Pfändertunnel völlig sinnlos, das Rheintal ist ökologisch ohnehin schon ziemlich bedient. Wenn Sie den Kindern eine gesunde und lebenswerte Umwelt hinterlassen wollen, Hände weg von diesen Projekten. Lassen Sie

diese Projekte von der nächsten Generation machen, wenn sie dumm genug ist. Die machen das aber nicht mehr. Es ist Gott sei Dank noch nichts passiert. Vergessen Sie diese Irrtümer. Wenn Sie diese Projekte realisieren, dann schlagen Sie alle Türen für zukünftige Lösungen zu. In Wirklichkeit sind die sogenannten Verhinderer jene, die das Tor für die Zukunft aufhalten. Diejenigen aber, die verhindern, dass etwas Falsches gebaut wird, die lassen viele neue Möglichkeiten offen. Vor allem ist das Geld nicht weg.

**Zum Thema Verkehrswirksamkeit von Strassen lese ich Ihnen etwas vor und möchte Sie bitten, das zu kommentieren: «Der Verkehr wird nicht durch neue Strassen, sondern durch den Anstieg der Bevölkerung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gemacht. Also Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, Realisierung und Bau von Entlastungsstrassen. Das eine tun und das andere nicht lassen...» (vgl.**

**AMTC-Vizepräsident Gilbert Beck, VoBlatt 11.8.03)** Ja, es gibt Nachrichten von Verrückten für Verrückte. Auch wenn die Bevölkerung steigt, belegt schon heute eine Untersuchung, dass das aktuelle Verkehrssystem riesige Überkapazitäten aufweist. Sie brauchen nur den Besetzungsgrad von Autos anschauen, der liegt ungefähr bei 1,08 bis 1,1, d.h. in jedem Auto sitzen maximal 2 Personen. Die Aufgabe ist ja nicht der Transport von Autos, wir sollten Personen transportieren. Das System muss in seiner Kapazität so lange eingeschränkt werden, bis der Besetzungsgrad steigt. Wir haben eine Riesenelastizität im System. Sie müssen im System heute Fahrstreifen so lange wegnehmen, bis sich der Besetzungsgrad erhöht. Diese Aussage ist daher absolut falsch. Wir müssen den Verkehr so organisieren, dass die Menschen das System intelligenter nutzen.

**Wer entscheidet so etwas? Wenn wir über Parkplatzbewirtschaftung reden, dann geht schon jedem der Hut hoch...Muss da nicht jeder einzelne lernen umzudenken?**

Nein. Sie müssen die Strukturen ändern.

**Aber wer ändert diese? Politiker, die wir wählen oder Leute, die gar nicht so denken?**

Wenn so etwas geht, dann geht das meiner Erfahrung nach immer nur über die Politiker. Ich hab für Strukturänderungen immer Politiker gebraucht, die das auf Gemeinde- oder Landesebene umgesetzt haben. Ich kenne keinen Politiker in meiner Laufbahn, mit dem das nicht umsetzbar gewesen wäre. Die haben

bei den Wahlen alle gewonnen. Wenn die Bevölkerung einen Politiker hat, der ihnen aus dieser Falle hilft, dann honoriert sie das.

**Vielleicht könnten Sie uns mit dem Letzetunnel ein Erfolgserlebnis bescheren?**

Dass er nicht gebaut wird? Ich hab mich bemüht. Es gibt von mir eine Studie, wo ich nachweise, dass der Letzetunnel die Entlastung, die man den Feldkirkern vorgaukelt, nicht bringen wird und der Bau deshalb sinnlos ist. Ich habe ausserdem meine Verwunderung ausgedrückt, dass die LiechtensteinerInnen sich das gefallen lassen. Das ist ungefähr so, als ob Ihr Nachbar mit seinem Mähdrescher permanent vor Ihrer Haustüre parkt und sie nicht mehr aus der Türe kommen. Das ist ja asozial, was die da machen. Die Vorarlberger wollen ihre Engstelle umfahren und ihnen den Mist vor der Türe abladen. Fairerweise müsste man gutnachbarschaftliche Beziehungen so pflegen, indem man sagt: Bist du einverstanden, dass ich mit dem Verkehr bei dir herauskomme? Aber vielleicht wollen Ihre Politiker ja mehr Verkehr?

**In Wirklichkeit sind die sogenannten Verhinderer jene, die das Tor für die Zukunft aufhalten. Diejenigen aber, die verhindern, dass etwas Falsches gebaut wird, die lassen viele neue Möglichkeiten offen.**

**Die offizielle Position der Liechtensteinischen Regierung heisst ja «Letzetunnel nein, wenn er Mehrverkehr bringt» – haben Sie diesem Slogan etwas entgegensetzen?**

Genausogut kann ich sagen, wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Der Slogan muss heissen: Letzetunnel NEIN. Der Letzetunnel bringt Ihnen mehr Verkehr, weil er den Widerstand auflöst. Weniger Verkehr gibt es nur bei grösserem Widerstand. Wenn der Widerstand abgebaut wird, entsteht mehr Verkehr. Genauso wie bei einer Wasserleitung: Je grösser das Rohr, umso mehr Wasser wird durchfliessen. Das ist beim Letzetunnel auch der Fall, diese Haltung ist absoluter Unsinn.

**Glauben Sie, dass Liechtenstein genügend Gewicht hat, um den Letzetunnel zu verhindern?**

Ja, davon bin ich überzeugt. Selbst kleinste Lebewesen schlagen Beutetiere in ihrer Brutzeit in die Flucht, von denen sie sonst gefressen würden. In dem Moment, wo sie etwas zu verteidigen haben,

werden die grossen Tiere von den kleinen in die Flucht geschlagen. Es braucht klare, kurze Botschaften. Nur so stirbt der Letzetunnel.

**Verstehe ich Sie richtig, dass die Liechtensteinische Regierung nur entschieden genug auftreten müsste, um den Letzetunnel zu verhindern?**

Sicher. Das würde reichen.

**Der Entlastungsfaktor für Feldkirch?**

Den gibt es nicht. Wir haben die realistischsten Modelle erarbeitet. Kein Tunnel, keine Umfahrungsstrasse, keine Erweiterung des Systems führt zur Reduzierung des Verkehrs. Ich habe soviel Gegenwind, meine Argumentation muss die Fakten wieder geben. Die Entlastungswirkung in Feldkirch wird nicht eintreten. Das ist sicher.

**Die Raffinesse der Feldkircher bzw. Liechtensteiner Regierung liegt ja darin, dass man am Letzetunnel herumbastelt und «begleitende Massnahmen» einführen will. Wie realistisch sind solche begleitenden Massnahmen?**

Sie sehen das ja daran: Wir haben Strassen über die Alpen gebaut, die für die Alpen nicht verträglich sind. Und jetzt werden begleitende Massnahmen durch die EU eingeführt, indem man an den Tarifen herumdreht. Das ändert nichts am System. Wenn Tarife erhöht werden, gibt es Steuerschlupflöcher. Das ist die Problematik: Lassen Sie sich nicht darauf ein. Es gibt eine Reihe von Tricks, wie man Bürgerinitiativen aufs Kreuz legt. Das wäre ein eigener Vortrag gesammelter Erfahrungen, wie man Bürgerinitiativen abwürgt, sie in Mediationsverfahren einlullt, um dann mit Überraschungsangriffen das Verfahren zu beschleunigen. Es ist abenteuerlich, wie Politiker und Fachleute versuchen, das alte System am Leben zu erhalten. Man lässt sogar Kinder Plakate malen, damit der Eindruck entsteht, die nächste Generation wolle das. Diese Plakate sollen suggerieren, dass der Ort dann kinderfreundlicher werde. Der Ort wird aber nur dann kinderfreundlich, wenn die Autos in der Garage bleiben. Das ist aber nicht im Programm. (kj)

**Der Bau des Letzetunnels wäre für Liechtenstein eine Katastrophe. Ähnlich sehen es die Mehrheit der FrastanzerInnen für ihr Gemeindegebiet. Mehr als diplomatischen Small-Talk erlebt man zur Zeit nicht von seiten der liechtensteinischen Regierung. Was macht Frastanz, um sich zu wehren? Darüber und über die Studie Knoflachers befragten wir den Frastanzer Bürgermeister Harald Ludescher.**

**fl-info: Wie ist der derzeitige Stand in Bezug auf den Letzetunnel und was macht Frastanz?**

Die Vorarlberger Landesregierung ist nach wie vor einstimmig für das Projekt Letzetunnel. Die Bundesregierung hat signalisiert, dass sie das Projekt unterstützt und nachdem dies ein Bundesprojekt ist, wird es in das Finanzierungsprogramm aufgenommen. Es hat im Vorfeld sehr viele Auseinandersetzungen über dieses Projekt gegeben. Diese haben zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt. Auf dieser Ebene ist derzeit keine Diskussion mehr zu führen. Unsere Möglichkeit besteht nach meiner Einschätzung nur mehr auf dem Wege der Verfahrensschritte. Derzeit sind Planungen zu diesem Projekt im Gange – es werden in Frastanz Bodenuntersuchungen und Bohrungen gemacht. Diese Ergebnisse werden im Verfahren eine Rolle spielen. Ich denke, dass unsere Gemeinde erst wieder im Verfahren deutlich artikulieren wird, was gegen den Letzetunnel spricht. Die Plattform gegen den Letzetunnel hat angekündigt, dass sie einen Runden Tisch organisieren wollen, wo alle Beteiligten eingeladen werden und wir neuerlich über das Projekt diskutieren.



Bgmst. Harald Ludescher, Frastanz

**In den offiziellen Pressemitteilungen kommt das letzte halbe Jahr immer mehr zum Ausdruck, dass die liechtensteinische Regierung JA zum Letzetunnel sagt, sofern er keinen Mehrverkehr bringt. Was halten sie davon?**

Johannes Kaiser hat sich, solange er Gemeindevorsteher in Mauren war, sehr gegen den Letzetunnel eingesetzt, jetzt ist er Landtagsabgeordneter und könnte sich ja stark machen. Seit Brunhart habe ich mit allen Regierungschefs Liechtensteins Kontakt gehabt, alle haben die Knoflacher-Studie und wissen genau, was auf uns zukommt.

**Uns liegt die Kopie eines Planes vor, wo die «Südfahrt Feldkirch» als S 17 Liechtensteiner Schnellstrasse bezeichnet wird. Wissen Sie wo dieser Plan veröffentlicht wurde und in welchem Zusammenhang?**

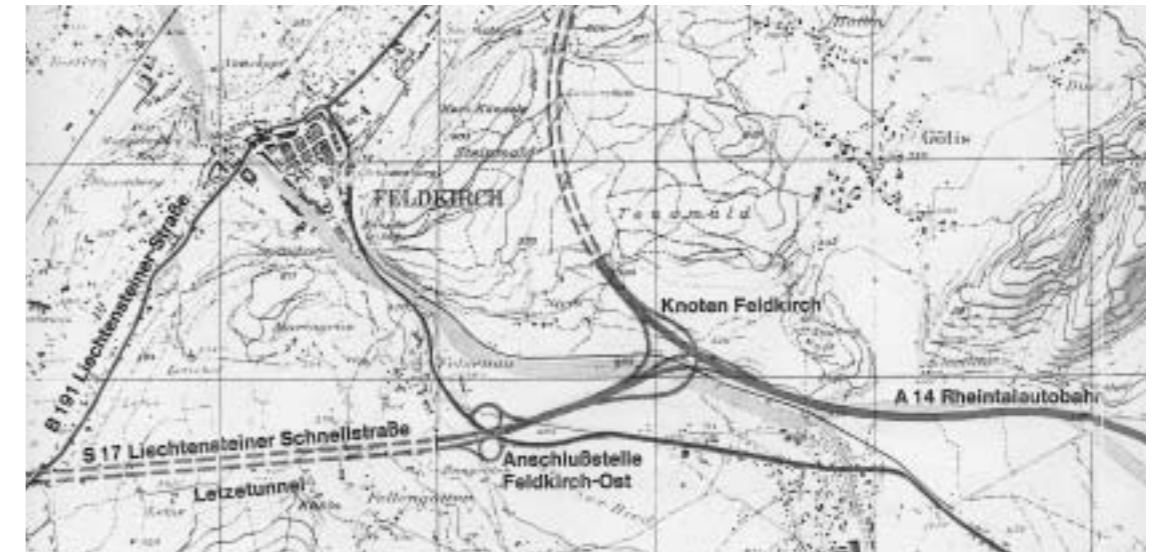
Das ist ein Falter vom AMTC. Der Schweizer Autoclub verteilte einen Falter mit diesem Inhalt. In diesem Falter sind Verkehrsverbindungen nach Österreich dargestellt und die Letzetunnelverbindung wird als S 17 Liechtensteiner Schnellstrasse bezeichnet. Offenbar geht man vom AMTC davon aus, dass es sich dabei nicht um eine kleine Stadtfahrt, sondern um eine groß angelegte Verbindung überregionaler Verkehrslinien handelt. Genau das, was Knoflacher in seiner Studie auch zum Ausdruck bringt.

**Was ist die Essenz der Knoflacher Studie?**

Es wird Mehrverkehr geben und es handelt sich beim Letzetunnel um eine überregionale Verkehrsverbindung mit all den daraus resultierenden Problemen. Außerdem soll dieses Projekt in einem besonders geschützten Landschaftsteil von Frastanz gebaut werden. Genau dort befindet sich ein Grundwasserschutzgebiet, das durch entsprechende Gesetze auch verpflichtend zu schützen ist.

**Was erwarten Sie sich von der FL-Regierung in Bezug auf den Letzetunnel?**

Hasler, Kieber und Kaiser haben mir bei einem Gespräch damals versichert, dass Liechtenstein keiner Verkehrsentwicklung zustimmen werde, die Mehrverkehr bringe. Ich erwarte mir, dass das, was aus den bisherigen Kontakten deutlich wurde, weiterhin stimmt. Wenn nämlich Liechtenstein die Haltung beibehält, dass sie dem Projekt nicht zustimmt, wenn es Mehrverkehr gibt, dann heißt das ein klares NEIN zum Letzetunnel. Wobei ich schon sagen muss, dass ich außerhalb von medialen



Auftritten nicht jede Phase der Annäherung zwischen österreichischen und liechtensteinischen PolitikerInnen kenne.

**Die Vorarlberger Wirtschaftsvertreter haben sich bereits gegen den Bau der S 18 ausgesprochen. Die S 18 scheint ja eher nicht zustande zu kommen. Welche Auswirkungen hat dies auf den Letzetunnel?**

Das ist eine Frage, die ich gerne an der angekündigten Plattform thematisieren möchte. Ich habe kein Statement parat, das ich jetzt öffentlich machen

möchte. Der Runde Tisch wird ein ideales Forum sein, um genau diese Frage deutlich zu vertiefen.

**Österreich signalisiert, dass der Letzetunnel mit oder gegen der Willen der LiechtensteinerInnen gebaut werde. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten der Liechtensteiner ein, diesen Tunnel zu verhindern?**

Meines Erachtens ist dies eine staatspolitische Frage, die die Liechtensteiner Regierung auf der Wiener Ebene klären muss. (kj)

# NEIN zum Letzetunnel.

**freie liste**  
sozial demokratisch ökologisch

**Nicht nur die Temperaturen waren diesen Sommer extrem hoch, auch die Ozon- und Feinstaubwerte erreichten Tag und Nacht alarmierende Spitzenwerte. Die stickige Luft schränkte die Lebensqualität enorm ein. Doch anstatt den Autoverkehr einzuschränken, wurden Kinder, Kranke und Alte in die Häuser verbannt und mit guten Ratschlägen versorgt.**

Der grösste Anteil der Schadstoffe stammt aus dem motorisierten Verkehr. Um die Grenzwerte einzuhalten, wären scharfe Massnahmen notwendig gewesen. Doch die autofreundliche Verkehrspolitik und mangelnder politischer Wille demontierten diesen Sommer den Umweltschutz Stück für Stück auf Kosten der Gesundheit.

In den Monaten Juli und August 2003 war die Ozonkonzentration in Liechtenstein so massiv, dass der gesetzliche Grenzwert an 41 Tagen insgesamt 266 Mal überschritten worden ist. Das maximale Stundenmittel lag bei 209 Mikrogramm. Erlaubt wären laut Luftreinhaltegesetz aber nur 120 Mikrogramm, und dies höchstens einmal pro Jahr. Das dreckige Luftpaket wurde zusätzlich durch karzinogenen Feinstaub, für die hauptsächlich Dieselmotoren verantwortlich sind, aufgebaut. Auch hier zeigten die Messdaten gesundheitsschädigende Alarmwerte.

#### Gesetze werden massiv verletzt

Obwohl bekannt ist, dass Ozon die Lungenfunktion einschränkt, bei hohen Konzentrationen die Lungen auch dauerhaft schädigt und Feinstaub noch gravierendere Schädigungen hervorruft (siehe Seite 15), löst diese Überdosis der vergangenen Monate keinen Aufschrei in der Öffentlichkeit und keine Reaktion bei der Regierung aus. Dabei müsste sie handeln und für den Gesetzesvollzug sorgen, wird doch das Gesetz fast täglich massiv verletzt. Doch statt wirkungsvolle Massnahmen umzusetzen, also eine Reduktion der entsprechenden Schadstoffe beim motorisierten Verkehr, und statt konkrete Sondermassnahmen wie Warn- und Interventionsstufen festzulegen, ist die Regierung still im Kampf gegen die Luftverschmutzung.

#### Kinder, Kranke und Alte in die Häuser

Warum brauchen wir ein Luftreinhaltegesetz, wenn doch keine Beschränkungen verfügt werden? Nur damit uns die Mess-Stationen vor Augen führen, um wie viel wir wieder über den Grenzwerten von Ozon

und Feinstaub liegen und die Rekordwerte laufend zerbröseln werden? Oder damit wir den Warnungen, so grotesk sie auch sind, nachkommen und Kinder und ältere Menschen bei hohen Ozonwerten im Haus halten, körperliche Anstrengungen meiden und Räume nur in den Morgen- und Abendstunden lüften? Eines ist wohl klar: Mit solch intelligenten Empfehlungen ist der hoch belasteten Luft nicht beizukommen. Solche Ratschläge zeigen bestenfalls, wie ernst es der Politik mit lufthygienischen Anliegen ist. Nicht die Ursachen werden bekämpft, sondern die Symptome. Es sind die Geschädigten, die sich einschränken müssen. Das ist absurd. Der Nicht-Vollzug des Gesetzes schafft so verkehrte Welten und behindert eine nachhaltige Verkehrspolitik.

#### Die Verursacher zur Kasse bitten

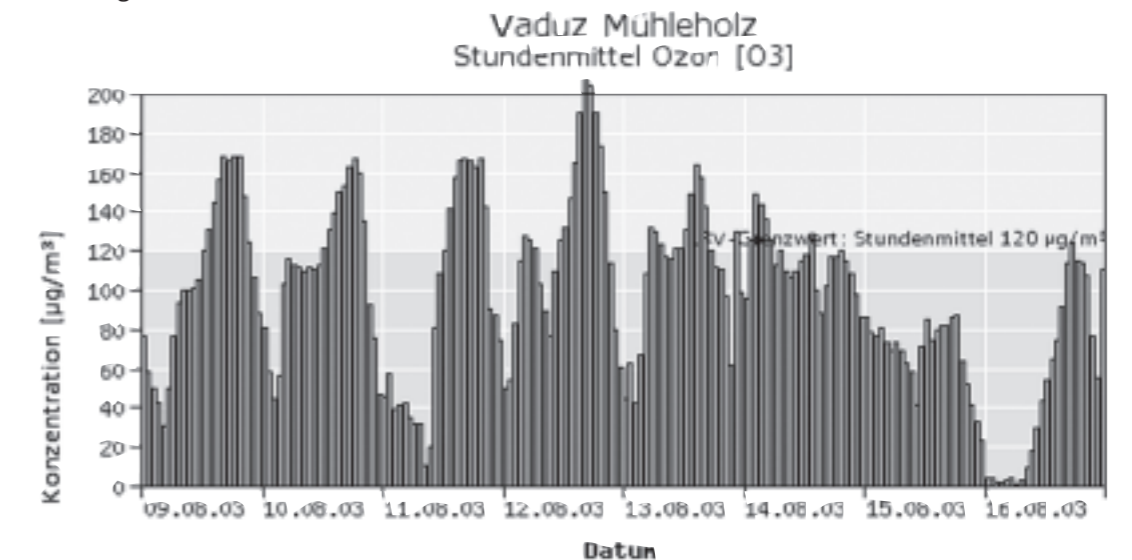
Die Zahl der heissen Tage wird aufgrund des Treibhauseffekts zunehmen und damit die Ozon- und Feinstaubproblematik weiter verschärfen. Am wirksamsten gegen die gesundheitsschädigenden Belastungen sind Strategien, welche die Mobilitätsbedürfnisse mit dem öffentlichen Verkehr abdecken. Solange die Emissionsvorgaben nicht erfüllt werden, ist deshalb jeder Ausbau des Strassennetzes kontraproduktiv und unzumutbar. Es ist unverantwortlich, wenn selbst so massive Ozonbelastungen die Regierung nicht zum Handeln zwingen. Statt den Letzetunnel klipp und klar abzulehnen, redet die Regierung das Tunnelprojekt klein und sinniert mit Vorarlberger Politikern in klimatisierten Räumen über utopische flankierende Massnahmen. Und es ist unverfroren, wenn der Automobilclub und der Strassenbauverein AVFL neue Strassen fordern, solange wir dreckige Luft einatmen müssen. Damit unsere Luft sauberer wird, müssen zudem alle Fahrzeuge mit Dieselmotoren (auch Baumaschinen) mit Partikelfiltern ausgerüstet werden. Denn für den Anstieg des bodennahen Ozons sind Stickoxide und flüchtige Kohlenwasserstoffe verantwortlich. 77 Prozent der Stickoxid-Emissionen stammen vom motorisierten Verkehr. Besonders viel Stickoxide und krebserregenden Feinstaub stossen Dieselfahrzeuge aus. Nicht zuletzt geht es auch um das Verursacherprinzip und um Kostenwahrheit im Verkehr: Wer die Luft verdreckt, wird zur Kasse gebeten.

*Adolf Ritter*

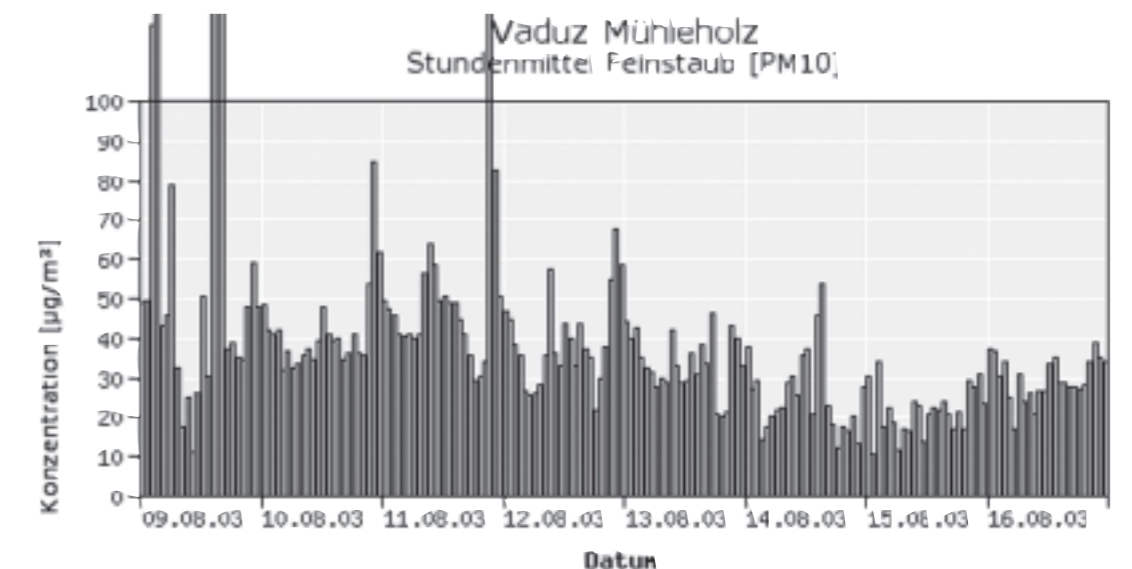
*Vorstandsmitglied der Freien Liste*

**Die Tabellen zeigen es eindeutig: Allein im Zeitraum zwischen dem 9. und 16. August 2003 lebten wir permanent mit einer Überdosis Ozon und Feinstaub. Die Sommerhitze dauerte aber über Monate – mit Null Auswirkungen für die AutofahrerInnen.**

Die Ozonbildung wird durch starke Sonneneinstrahlung und hohe Temperaturen begünstigt. Hauptsächlich hängt sie von der Menge der Vorläufer-Schadstoffe wie Stickoxide und VOC (flüchtige organische Verbindungen) ab. Ozon reizt die Schleimhaut der Atemwege, vermindert die Leistungsfähigkeit der Lungen und schädigt Pflanzen. Die Lungen von Kindern oder von Asthmatikern reagieren noch stärker auf das Reizgas.



Feinstaub ist viel gefährlicher als Ozon. Die Staubteilchen sind so klein, dass sie ungefiltert durch die Atemwege der Lunge vordringen. Der grösste Anteil stammt aus dem motorisierten Strassenverkehr. Besonders gefährlich sind die Russpartikel aus Dieselmotoren. Sie verursachen Krebserkrankungen. Ein Teil des Feinstaubes wird durch Aufwirbeln von Strassenstaub und Abrieb von Reifen und Bremsen erzeugt.



**Radio L soll in einer Hauruck-Aktion in Radio Liechtenstein umgewandelt werden. Grundsätzliche Überlegungen dazu stellt der ehemalige Chefredaktor Wilfried Marxer an.**

Die Landtagsabgeordneten, die in der Sitzung vom September 1994 Bedenken bezüglich der privaten Finanzierung von Radio L geäußert haben, sind bestätigt worden. Radio L konnte seit dem Sendestart im August 1995 nie kostendeckend arbeiten. Die betrieblichen Defizite stiegen fast kontinuierlich an und erreichten im laufenden Jahr mit einem prognostizierten Betriebsverlust von 3 Millionen Franken einen Höhepunkt. Es ist nicht gerade eine unternehmerische Meisterleistung, wenn nach acht Sendejahren einem jährlichen Aufwand von knapp 5 Millionen Franken ein Betriebsertrag von knapp 2 Millionen gegenübersteht. Da reichen nicht einmal die seit einigen Jahren ausgeschütteten staatlichen Subventionen von knapp 1 Million Franken und mehr pro Jahr aus, um das Loch zu stopfen.



Ob man einen Gartenzwerg hinstellt oder an den Beinen aufhängt, ist gleichgültig. Es bleibt immer ein Gartenzwerg.

Der Landtag sprach sich damals für ein Privatradio aus, und die Regierung lehnte es kategorisch ab, dass sich der Staat damals oder in Zukunft an einem Radio beteiligen werde. Inzwischen ist jedoch allen klar, dass auf dem begrenzten Markt Liechtenstein ohne staatliche Zuschüsse kaum Radio zu machen ist.

#### An den Ausgaben gescheitert

Die Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Rund-

funks analog zum ORF in Österreich – welcher im übrigen auch als Vorlage für das im Landtag zu diskutierende Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk LRF liefert – ist daher eine naheliegende Option. Dennoch erstaunt es, dass kein Anlauf für eine neue private Trägerschaft unternommen wurde. Es ist nicht auszuschliessen, dass ein kostenbewusster Medienunternehmer mit Hilfe der staatlichen Subventionen, die Radio L bisher erhielt, erfolgreich einen Sender betreiben könnte. Jedenfalls würden sich die kleinen Privatradios in den Nachbarstaaten unter diesen Umständen auf Rosen gebettet fühlen. Radio L ist nicht an den Einnahmen, sondern an den Ausgaben gescheitert. Es ist ferner fraglich, ob ein privater Medienunternehmer die Aktiva von Radio L, für welche die Regierung 3,1 Millionen Franken zu zahlen bereit ist, nicht günstiger erwerben würde.

#### Wunschkalkulation der Regierung

Es zeichnet sich aber im Bericht und Antrag 65/2003 der Regierung bereits wieder ab, dass unrealistisch kalkuliert wird. Bei reduzierter Belegschaft und schrumpfenden PR-Aufwendungen steigende Werbeeinnahmen zu budgetieren, erscheint gewagt – zumal nicht mit steigenden Hörerzahlen gerechnet werden kann. Der staatliche Jahresbeitrag soll dabei den Maximalbetrag von 1,5 Millionen Franken nicht übersteigen. Insbesondere wenn man die programmlichen Vorstellungen im Gesetzesentwurf für einen Liechtensteinischen Rundfunk betrachtet, kommen Zweifel auf, ob dies im Rahmen eines solchen Budgets machbar ist. Es würde daher nicht wirklich erstaunen, wenn schon nach kurzer Zeit eine Rundfunkgebühr erhoben würde, die im erwähnten Gesetz in Art. 39 vorsorglich vorgesehen ist.

#### Skepsis ist angebracht

Es werden aber auch Bedenken geäußert, dass ein parteipolitisch gefärbter Staatssender entstehen kann. Im Gesetzesentwurf zu einem Liechtensteinischen Rundfunk ist zwar festgehalten, dass sowohl politische Mandatare und Funktionäre, wie auch Mitglieder der Landesverwaltung, der Medienkommission oder Vertreter anderer Medienunternehmen dem Verwaltungsrat nicht angehören dürfen. Dies soll sogar vier Jahre rückwirkend gelten. Eine gewisse Skepsis bezüglich der Kontrolle von Medien durch den Staat oder die Parteien ist in Liechtenstein allerdings immer angebracht. Umgekehrt heisst aber Privatradio nicht gleich kritischer Qualitätsjournalismus. Das hat Radio L zur Genüge bewiesen.

**Ingrid Allaart ist ein halbes Jahr für die Freie Liste im Gemeinderat Mauren.**

**Welche Eindrücke hat sie, wie funktioniert die Oppositionsarbeit und wo besteht Handlungsbedarf in Mauren? Kann die Opposition in Mauren etwas verändern?**

**Du bist neu im Gemeinderat Mauren, wie geht es dir?**

Es ging mir schon besser. Die meist autoritäre, zum Teil arrogante, fast feindselige Stimmung lähmt und bedrückt mich. Eine erste Erklärung finde ich in der Geschichte unserer Gemeindepolitik. Mein Grossvater mütterlicherseits war von 1921 bis 1924 der letzte VU-Vorsteher und das wurde er nur, weil das FBP-Lager damals zerstritten war. In den 80 Jahren uneingeschränkter FBP-Macht gab man auch engagierten VU-GemeinderätInnen wenig Möglichkeiten, etwas zu bewirken. Frust, Wut und Enttäuschung schlugen mir entgegen, wenn ich mit Alt-Gemeinderäten der VU spreche, ihre Ohnmacht haben sie nicht verarbeitet. Ich denke, Maurer BürgerInnen der FBP haben diese für sie selbstverständliche Macht mit der Muttermilch eingesogen und empfinden das als die Norm, die andere zu akzeptieren haben. Die einzige Chance zur Veränderung und zur Verabschiedung alter Pfründe sehe ich in der Besetzung des Vorsteheramtes aus einer anderen Partei.

**Dann hat sich mit dem neuen Vorsteher nichts geändert?**

Anscheinend nicht wesentlich. Im Wahlprogramm stand: «Den eingeschlagenen Weg zielstrebig fortsetzen», und auf diesem Trampelpfad marschieren wir nun. Meine erste Enttäuschung im GR war die Verteilung der Ressorts, da wurde mir klar, dass in Mauren die Uhren anders ticken. Ich hätte mich mit meinen beruflichen Kompetenzen im Sozialbereich oder als FL-Mitglied im Umweltschutz gesehen, nun mache ich mich als Vorsitzende des Ressorts Land- und Forstwirtschaft nützlich. Ich konnte keinen Wunsch einbringen, nichts war verhandelbar, ich hatte nur zu akzeptieren. Ein VU-Gemeinderatskollege stellte fest, dass man mit mir genau so umgeht wie mit der stets gut vorbereiteten Kollegin Martha Dettwiler.

**Hast du konkrete Beispiele, an denen wir diese Machtdemonstration nachvollziehen können?**

Am deutlichsten wird diese Machtdemonstration, wenn es um Geld geht. Das Gemeinsame an diesen Fällen ist, dass jedes Nachfragen abgeblockt wird. Detailfragen haben nicht zu interessieren. Wie Beträge zustande kommen, darüber darf ich rätseln. Für die FBP-Fraktion ist alles klar, was der Vorsteher in seinen Anträgen vorstellt und fordert, wird ohne grosse Diskussion bewilligt. Einige Beispiele dazu:

Das Gemeindebulletin: Eine Publikation, die seit der Erweiterung des Medienbüros Herbert Öhri durch Johannes Kaiser nun dreimal statt wie bisher zweimal jährlich erscheint. Als ich wissen wollte, was ein Gemeindebulletin kostete, antwortete der Vorsteher sehr ungehalten und meinte, ich solle im Budget nachschauen. Nichts zu finden. Aus gut informierten Kreisen weiss ich, dass ich mit meinen geschätzten 50'000 Franken Redaktionskosten für eine Ausgabe richtig liege. Als es in GR um die Befürwortung des zusätzlichen Gemeindebulletins ging, stellte ich die Bedingung, dass die bisherigen jährlichen Kosten nicht überschritten werden dürfen, was mir der Vorsteher versprach, aber nirgends schriftlich festgehalten wurde. Habe ich als Gemeinderätin nun ein Recht auf Informationen oder nicht?



Neumöblierung des Vorsteher- und Sitzungszimmers: Kosten 30'000 Franken. In meiner Vorbereitung auf die Sitzung war mir klar, dass ich

Fortsetzung Seite 18

«Habe ich als Gemeinderätin nun ein Recht auf Informationen oder nicht?»  
Ingrid Allaart-Batliner



**Harsche Kritik aus dem Landtag hagelte es anlässlich der ersten Lesung der Revision des Krankenversicherungsgesetzes im Juni: «Unmoralisch, unanständig und unsozial» sei diese Reform, meinte ein Abgeordneter. Und dazu dilettantisch möchten wir hinzufügen, und in keiner Weise geeignet, den andauernden Kostendruck im Gesundheitswesen auch nur im Ansatz in Griff zu bekommen. Das aus mehreren Gründen:**

**M**it der Abschaffung des Hausarzt-systems wird ein wichtiges Instrument der Kostentransparenz und Kostenkontrolle leichtfertig aus der Hand gegeben. Die Ärzte wird's freuen. Sie trugen im Hausarzt-system Mitverantwortung für die Kosten der von ihnen veranlassten Leistungen. Nach drei Jahren Erfahrung mit dem Hausarzt-system liegen heute erstmals konkrete Vergleichszahlen zwischen den einzelnen Ärzten vor und es wäre ein Leichtes, die sogenannten «schwarzen Schafe» nun endlich zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen. Doch hierzulande tritt niemand dem anderen auf die Füsse. Statt das Hausarzt-system wie geplant umzusetzen und seine vorhandenen Schwachpunkte zu verbessern, landet das ganze System auf der Müllkippe einer konzeptlosen Gesundheitspolitik.

**Was die Regierung Hasler diesbezüglich zu bieten hat, ist nicht viel mehr als Kurpfuscherei.**

Dabei zeigen Erfahrungen aus dem Ausland deutliche Hinweise auf echte Kostenersparnisse durch Hausarztmodelle. Im Hausarztmodell Aarau zum Beispiel wurden Kosteneinsparungen in der Grössenordnung von 15 Prozent festgestellt. Auch bei uns hat das Hausarzt-system mit dazu beigetragen, dass die Kosten im ambulanten Gesundheitssektor in den letzten zwei Jahren gebremst und stabilisiert werden konnten, im Vergleich zu einem übermässigen Anstieg im Spitalbereich und bei den Medikamenten.

#### Parteipolitische Sachzwänge

Das Hausarzt-system hat aber nicht nur finanzielle Vorteile. Die günstigere Prämie im Hausarztmodell und der teilweise Wegfall von Franchise und Selbstbehalt stärkt die Hausarztmedizin generell. Der Hausarzt ist in 90% der Krankheitsfälle der schnellste und direkteste Weg zum Ziel. Für die rest-

lichen 10% der Krankheitsfälle, die eine Überweisung zum Spezialisten oder ins Spital brauchen, hat der Hausarzt eine hohe Trefferquote bei der Wahl einer angemessenen und kostengünstigen Behandlung. Durch die Einführung des Hausarzt-systems hat auch bei uns ein Wandel der Wahrnehmung der Stellung des Hausarztes bei den PatientInnen stattgefunden. Diese Aufbauarbeit wird nun einfach aus parteipolitischen Sachzwängen heraus vom Tisch gefegt und dem Patienten den Arztwechsel bei jedem einzelnen Krankheitsfall schmackhaft gemacht mit den bekannten Folgen des «Doctor - Shopping» und des Hamstern von Gesundheitsleistungen auf Vorrat. Dass dabei eine ganzheitliche Betreuung des Patienten auf der Strecke bleibt und keine Anreize für kostengünstiges Verhalten gesetzt werden, ist offensichtlich.

#### Angst vor dem, was auf uns zukommt

Der Regierungsentwurf sieht ausserdem vor, dass nicht mehr alle ÄrztInnen, die nach Liechtenstein kommen, automatisch einen Kassenvertrag bekommen. Trotzdem sollen die Leistungen der Ärzte ohne Kassenvertrag zu 50% von den Kassen vergütet werden. Im Zuge der Einführung des neuen KVG sollen jedoch alle derzeit in Liechtenstein praktizierenden Ärzte und Ärztinnen einen solchen Kassenvertrag bekommen, also auch diejenigen, die heute nicht im Hausarzt-system zugelassen sind. Dies wird zumindest anfänglich zu einem weiteren Kostenschub führen, was auch die Krankenkassen bestätigen. So meinte Reinhard Beck, Präsident des liechtensteinischen Krankenkassenverbandes kürzlich in einem Zeitungsinterview in diesem Zusammenhang: «Wir haben Angst vor dem, was da auf uns zukommt.»

#### Die Geburt der Zweiklassenmedizin

Das Modell der Regierung mit Kassenärzten und Privatärzten lehnt sich deutlich an das System in Österreich an. Auch dort gewährt man nur einer limitierten Anzahl von ÄrztInnen einen Kassenvertrag. Als Folge davon haben sich zwei parallele Medizinsysteme entwickelt. Innerhalb des Vertragssystemes gelten scharfe Beschränkungen mit kurzen Zeitlimiten und tiefen Kostenansätzen. Die Folge davon ist eine hohe Zahl von Konsultationen von sehr kurzer Dauer (im Fünfminutenbereich) bei den Kassenärzten. Die Kassenärzte sind überlastet, die Qualität sinkt und Doctor-Shopping ist ein weit verbreitetes Problem. Dagegen unterliegen die Privatärzte keinen Beschränkungen und es gibt keine Preisbindung. Sie

nutzen ihre Freiheit, haben mehr Zeit für ihre PatientInnen und sind sehr oft auch im alternativen Bereich tätig, der den Vertragsärzten versperrt bleibt. Die Folge: Wer es sich leisten kann, geht zum Privatarzt und bezahlt einen Teil seiner Leistungen selbst, für die weniger gut Betuchten bleiben die überlasteten Vertragsärzte. Die Gefahr, dass sich mit dem Modell der Regierung auch bei uns eine Zweiklassenmedizin etabliert, ist sehr gross. Sollte sich gar eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Zusatzversicherung für die Behandlung beim Privatarzt entscheiden, würde das ganze System der geplanten Zulassungsbeschränkung ins Kippen und ausser Kontrolle geraten.



Wie lange hinken wir noch auf einem Reformbein?

#### Spartpotential ist enorm und wird nicht genutzt

Eines ist sicher: Schon heute verursacht in Liechtenstein jede(r) PatientIn den Krankenkassen im Durchschnitt Kosten von über 3000 Franken pro Jahr. Im benachbarten Kanton St. Gallen sind es mit ca. 1700 Franken etwas mehr als die Hälfte. Da ist doch bei uns einiges an Sparpotential enthalten, ohne dass die Qualität der medizinischen Versorgung zu leiden hätte. Dazu genügt es aber nicht, einigen Ärzten aus dem EWR, die beabsichtigen, sich bei uns nieder zu lassen, das Leben schwer zu machen.

Soll die Kostensteigerung im bisherigen Ausmass gebremst werden, müssen alle Partner im Gesundheitswesen in die Pflicht genommen werden: PatientInnen, ÄrztInnen, Spitäler und Krankenkassen.

#### Politik betreibt Kurpfuscherei

Es ist Aufgabe der Gesundheitspolitik, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen für effektive Steuerungsmassnahmen zu setzen. Was die Regierung Hasler diesbezüglich zu bieten hat, ist nicht viel mehr als Kurpfuscherei: Rückschritte bei der Eigenverantwortung der PatientInnen, Rückschritte bei der finanziellen Mitverantwortung der Ärzte, Verschlechterung der zentralen Stellung der HausärztInnen in der Grundversorgung, Einführung einer Zweiklassenmedizin, gefährliche Abkoppelung unseres Gesundheitssystemes von der Schweiz und Einführung eines mit grossen Risiken behafteten Systems zur Begrenzung der Anzahl ÄrztInnen in Liechtenstein.

#### Nur niemandem weh tun

Diese «Gesundheitsreform» tut niemandem weh und wird gerade deshalb nichts, aber auch gar nichts zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und damit zu tieferen oder zumindest stabilen Prämien in der Krankenversicherung beitragen. Kein Wunder, dass sich die Ärzteschaft, der Krankenkassenverband und alle Parteien ausser der FBP kritisch bis ablehnend zu dieser Reform geäussert haben. Nicht geäussert haben sich bisher die VersicherungsnehmerInnen und KonsumentInnen von Gesundheitsdienstleistungen. Sie konnten auch nicht befragt werden, fehlt doch leider bisher eine KonsumentInnen- oder PatientInnen-Organisation im Lande. Ganz besonders freuen dürften sich aber die Ärzte über die «Softie-Reform» der Regierung. Sie haben anfänglich heftige Attacken der Regierung gegen die Selbstabgabe von Medikamenten und die Durchführung von Labor- und technischen Untersuchungen in der Praxis erfolgreich abgewehrt. Die Art und Weise, wie Regierungsrat Frick vor den Ärzten zu Kreuze gekrochen und sämtliche für die Ärzte unliebsamen Forderungen zurück buchstabiert hat, ist symptomatisch für diese halbherzige KVG-Revision, die nichts bringen wird ausser «viel Lärm um Nichts».

**Die Öffentlichkeit macht sich heute zunehmend Gedanken über die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen. Es geht um eine Verantwortungskultur der argumentativen, friedlichen und gerechten Konfliktlösung.**

Die Freie Liste ist der Ansicht, dass zukunftsfähige Lösungen nur durch einen offenen und machtfreien Dialog zu erreichen sind. In diesem Sinne nahmen VertreterInnen der Freien Liste einen Gesprächstermin mit der Konzernleitung der HILTI AG wahr und diskutierten Fragen der Grössenverträglichkeit in Bezug auf das Logistik-Center Nendeln.

Das Leitbild der Firma Hilti AG gravierte sich die Unternehmensleitung an die Wand des Sitzungszimmers, wo das Gespräch zwischen der Hilti AG und der Freien Liste statt fand: «Wir leben gemeinsame Werte. Wir stehen zu unserem Wort. Integrität, Selbstverantwortung, Toleranz und Respekt gegenüber dem Einzelnen zeichnen unser Miteinander aus. Wir sind stets bereit zu lernen und zu verändern. Wir handeln verantwortlich gegenüber Gesellschaft und Umwelt.»

Eine Aussage, die durch die Hilti AG zugegebenermassen in sozialer Hinsicht durchaus gelebt wird. Und es ist auch offensichtlich, dass sich die Leitung der Hilti AG Gedanken zu nachhaltigen Verkehrskonzepten macht. Unter der Präsidentschaft Michael Hiltis konnte sich die Industrie- und Handelskammer entgegen der Liechtensteinischen Regierung dazu entschliessen, einem längerfristigen Konzept des öffentlichen Verkehrs zum Durchbruch zu verhelfen.

#### 120 Unterschriften und kein Resultat

Die VertreterInnen der Freien Liste wurden von einer Anwohnerin bzw. Mitinitiantin der Unterschriftenaktion gegen das Logistik-Center Nendeln begleitet. Das zentrale Anliegen der Freien Liste war es, direkt mit der Konzernleitung die Frage der Grössenverträglichkeit und der Unternehmensverantwortung in Zusammenhang mit dem Logistikcenter Nendeln zu diskutieren. Explizit wurden nachfolgende Punkte zwischen den beiden Parteien erörtert:

#### Vorbildfunktion der Hilti AG

Die Hilti AG beeinflusst täglich tausende Menschen. Eine Firma sollte den Anspruch haben, die negativen Auswirkungen zu verkleinern und die positiven zu verbessern. Schwierige und ungewohnte Fragen lassen sich nicht dadurch bewältigen, indem man sich

nur an geltende Gesetze und ökologische Minimalforderungen hält. Ökonomie ist nicht alles: Hilti hat eine Vorbild- und Vordenkerfunktion. Es sollen Lösungen angestrebt werden, die auch AnwohnerInnen gerecht werden. Handlungsweisen müssen gegenüber jedermann mit vertretbaren Gründen zu rechtfertigen sein. Letztlich geht es um Zumutbarkeitsfragen.

#### Rücksichtnahme auf Bevölkerung

Es muss alles unternommen werden, um die ohnehin schon stark von Verkehrsbelastungen betroffenen Menschen in Nendeln und Schaanwald nicht weiter zu belasten. 120 direkt betroffene Menschen in Nendeln haben mit ihrer Unterschrift ihre Bedenken und Fragen deponiert und möchten ernst genommen werden; sie betrachten das geplante Logistik-Zentrum in der bestehen Konzeption nicht als «win-win-Situation», sondern als zusätzliche Gefahr und Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität. Auf die Befindlichkeit der Bevölkerung ist Rücksicht zu nehmen.

#### Wenigstens teilweiser Umstieg auf die Bahn

Der Betrieb des Logistikcenters soll ausschliesslich auf der Strasse abgewickelt werden. Das ist weder zeitgemäss noch verantwortungsvoll. Das Logistikcenter ist auf dieser Basis alles andere als «ein optimales Projekt, das sämtlichen ökologischen Forderungen entspricht», wie es Hanno Konrad, Strassenbauer und Hilti-UVP-Experte, formuliert hat. Hilti hat zusammen mit der Presta ein Verlagerungspotenzial auf die Schiene von 2500 Containern pro Jahr. Auch wenn es sich im Moment nicht rechnet, so hat die Hilti AG die Verantwortung, alternative Transportsysteme zusammen mit den Bahnen im Interesse der Bevölkerung zu nutzen. Das Mobiler-Verfahren eignet sich in idealer Weise für den Gütertransport auf der Schiene. Der Verladevorgang ist sehr einfach. Die SBB erprobt dieses System und McDonalds hat bereits ihre eigenen Container für dieses System ausgerüstet. Der Horizontalumschlag braucht keine grösseren Infrastrukturen und ist bei den meisten Bahnhöfen ohne weiteres möglich.

#### Konstruktiver Vorstoss

Es ist positiv, dass die Hilti AG im Gegensatz zu ihrem Konzept vom November 2001 auf die Forderung nach Aufhebung des Fahrverbots für LKWs und damit auf die Erweiterung der Abfertigungszeiten in Schaanwald verzichtet. Das

## Nachhaltigkeit ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis

**Es ist befremdend genug, dass die Hilti AG den Strassenbauer Hanno Konrad mit der Umweltverträglichkeitsprüfung ihres umstrittenen Projekts Logistikcenter Nendeln betraut. Hanno Konrad wäre der erste Strassenbauer, der entgegen der eigenen Interessen ein Gutachten ausstellen würde, das seinen Gewinn an der Verkehrsentwicklung massiv schmälern würde. Noch befremdender ist allerdings die Haltung der Regierung, die einer vom VCL geforderten Wiedererwägung einer Umweltverträglichkeitsprüfung eine Absage erteilte. Für die Regierung besteht zwischen dem Logistikcenter Nendeln und einem Container-Horizontalumschlagplatz kein Zusammenhang. Sie sieht darin vielmehr ein völlig eigenständiges Projekt, das nicht mit dem LCN vermischt werden könne. Und dies nur, weil ein solcher Umschlagplatz nie Teil des LCN-Bauvorhabens war. Diese Logik ist nicht nachvollziehbar. Gerade, weil mit dem Logistikcenter auf die AnwohnerInnen ein massives Verkehrsproblem zukommt, müsste es insbesondere dem Staat ein Anliegen sein, innovative Systeme zu prüfen, die ein Vorhaben wie das Logistikcenter Nendeln nicht bodigen sondern vielmehr beide Interessen unter einen Hut bringen. Die der Wirtschaft und die der AnwohnerInnen. Die Sorgen der Bevölkerung werden klar den primären Interessen der Wirtschaft untergeordnet. Nachhaltigkeitsbeschwörungen verkümmern zu reinen Lippenbekenntnissen.**

entspricht ganz den Intentionen des Staatsgerichtshofurteils vom 5. Dezember 2000. Grundsätzlich stellen wir aber die Haltung der Hilti AG im Verkehrsbereich in Frage. Der Staatsgerichtshof hat in seiner Begründung festgehalten, dass die Interessen der Bevölkerung an der Fernhaltung von Gefahren und Belästigungen, insbesondere durch Lärm, den Vorrang vor den Interessen des Verkehrs haben.

#### Neue Arbeitsplätze heisst noch mehr Verkehr

Die Frage nach der Grössenverträglichkeit eines Logistikcenters in Nendeln wurde durch Michael Hilti in den Raum gestellt. Für die Freie Liste sind Argumente wie «neue Arbeitsplätze» mit derselben Wertigkeit zu behandeln wie ökologische und soziale Faktoren. Das Killerargument Arbeitsplätze muss deswegen relativiert werden, weil von zehn neu geschaffenen Arbeitsplätzen in Liechtenstein neun durch Pendler aus Österreich, der Schweiz oder Deutschland besetzt werden. Bei der momentanen Verkehrspolitik bedeutet dies auch mehr Autoverkehr.

#### Fazit

Es gibt in Bezug auf das Logistikcenter keine Annäherung zwischen dem Anspruch der Freien Liste, dass langfristig mindestens 50 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene verlegt wird und der Zielvorstellung der Hilti AG. Zumindest konnte die Konzernleitung uns diesbezüglich keine verbindliche Zusage machen. Gespräche dieser Art, wie sie die Freie Liste mit der Konzernleitung geführt hat, sind sicher weiterhin gut und notwendig. Allerdings vermögen sie Konflikte zwischen Anspruch und Realität nicht ganz zu vermeiden, insbesondere dann nicht, wenn die Hilti AG weiter an ihrer Verkehrspolitik, die ganz auf die Strasse setzt, festhält. Damit beschreitet die Hilti AG automatisch den Weg der Konfrontation mit Umweltanliegen. Sie widerspricht ausserdem mit dieser Haltung dem eigenen Anspruch, verantwortlich gegenüber Gesellschaft und Umwelt handeln zu wollen. (kj)

...**Regierungschef Hasler seinen Schnauz abnahm** und dies in einem Radio L-Interview am Staatsfeiertag 2003 als «Symbol des Neuanfangs» deklarierte? Symbolträchtige Zeiten stehen bevor. ..**die Gemeinde Mauren für die Jungbürgerfeier** im Jahr 2002 Franken 23.480,- ausgegeben und dabei das Budget um satte 66% überschritten hat? . . **die Gemeinde Mauren den Steuersatz** von 180 % für 2001 auf 190 % für 2002 erhöht hat? ...**in Mauren das Mehrzweckgebäude auf Müll** gebaut wird? Den Auftrag, den Müll der ehemaligen Deponie zu entsorgen, verstand man so, dass man den Müll einfach vergraben hat. ... **zwischen 1970 und 1996 von jedem Dollar**, der in die stark verschuldeten 30 afrikanischen Länder floss, noch im gleichen Jahr 80 Cent als Fluchtkapital auf die Banken westlicher Staaten zurückfloss?...**dass die Botschaft in Strassburg**, bisher auf 248 Quadratmetern untergebracht, für die Familie des Botschafters zu klein wurde und man nun in ein neues Haus für 1,8 Millionen Franken einziehen will? Und dabei ist gar nicht sicher, ob er im neuen Heim seine Kisten nicht gleich wieder packen muss. Hat doch der Fürst damit gedroht, falls der Europarat unsere Verfassung weiterhin als ein wenig zu absolutistisch anschaue, wir einfach aus dem Europarat austreten werden.... **die VU-Mehrheit in der Gemeinde Balzers** einen neuen Kassier angestellt hat, entgegen einer Empfehlung eines neutralen Beraters, der den bisherigen Kassier-Stellvertreter vorgeschlagen hatte? ...**die Anstellung des Kassiers eine Retourkutsche** der VU-Mehrheit gegenüber der Ehefrau des Kassier-Stellvertreters war? Sie war VU-Gemeinderätin in der letzten Amtsperiode und nicht immer auf Parteilinie. ...**für die Unterstützung der Waldorfschule** Vorsteher Anton Eberle völlig unbürokratisch das Modell von Schaan übernommen hat und der Schule einen Beitrag für jeden einzelnen in Balzers wohnhafte(n) Schüler oder Schülerin zahlt. ...**das «Peter-Prnzip»** nachweist, dass Karrieren nicht zu enden pflegen, ehe die Stufe der Inkompetenz erreicht ist?...**Renate Wohlwend anlässlich der Monitoringdiskussion** in Paris zu erklären versuchte, dass die Mehrheit der LiechtensteinerInnen «dem Fürsten Rechte zugesteht, die für den Bürger einer normalen Monarchie nicht nachvollziehbar sind»? Für uns ist das auch nicht nachvollziehbar und ausserdem sind wir gespannt, wann sie damit herausrückt, in welcher Art von Monarchie wir nun leben.

#### Impressum

fl info 4.2003

September 2003

Herausgegeben durch:

Presseverein fl info,

FL-9494 Schaan

[www.freieliste.li](http://www.freieliste.li)

[info@freieliste.li](mailto:info@freieliste.li)

Redaktionsleitung:

Karin Jenny (kj)

Die AutorInnen sind der

Redaktion bekannt und für

den Inhalt verantwortlich.

Druck:

Lampert Druckzentrum AG

Konto LLB Vaduz:

539 247.00

Gedruckt auf

100% Recycling-Papier

**[www.freieliste.li](http://www.freieliste.li) – neu, modern, interaktiv.**